



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

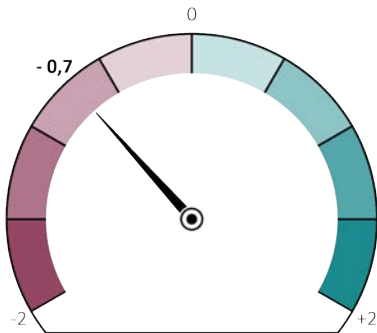
German Business Panel

Betriebswirtschaftliche Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland

GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Oktober 2021

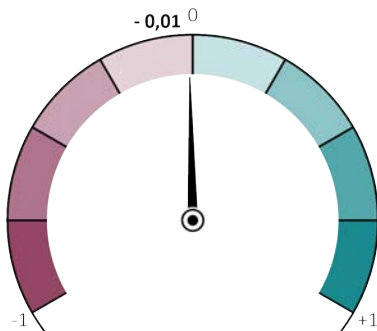
Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“

Die Ergebnisse der GBP-Unternehmenstrends für Oktober auf einen Blick



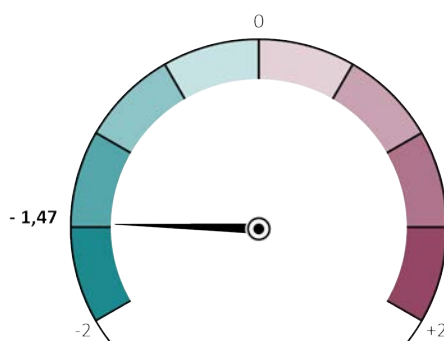
Entwicklung der Gewinnveränderung

Die seit dem Frühjahr verzeichnete stetige Verbesserung der Lage deutscher Unternehmen ist im September zunächst aufgehalten: Von August auf September sinkt die Gewinnveränderung um weitere **-0,7 Prozentpunkte** und bleibt somit im negativen Bereich.



Wirtschaftspolitik aus Unternehmenssicht

In einem Umfeld von sich abflachender wirtschaftlicher Dynamik stagniert die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik auf niedrigem Niveau: Die Veränderung des Zufriedenheitsniveaus beträgt **-0,01 Punkte** während des Septembers.



Risiko von Unternehmensschließung

Trotz eines Rückgangs der Gewinnveränderungsrate verlassen die Unternehmen langsam den Krisenmodus: Die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit sinkt im September um **-1,47 Prozentpunkte** auf einen Befragungstiefstwert.

TEIL I

Aktuelle Daten zur betriebswirtschaftlichen Situation von Unternehmen in Deutschland

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über die aktuellen Daten des GBP zu Unternehmen in Deutschland. Die Darstellung der unternehmerischen Lage umfasst vier feste thematische Schwerpunkte und im Zeitablauf dadurch vergleichbare Indikatoren:

1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen
2. Unternehmerische Entscheidungen
3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche
4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik



Die Ergebnisse in Teil I dieses Berichts basieren auf der GBP-Unternehmensstudie aus dem Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September 2021. Die Befragung umfasst während dieses Zeitraums mehr als 2.800 vollständig abgeschlossene Interviews. Die befragten Unternehmen decken mehr als 80 Branchen (Zweistellerebene der WZ2008) ab. Die monatlichen Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, so dass sie der Verteilung der Unternehmen des Unternehmensregisters des Statistischen Bundesamts entsprechen.

Schwerpunkt 1

Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

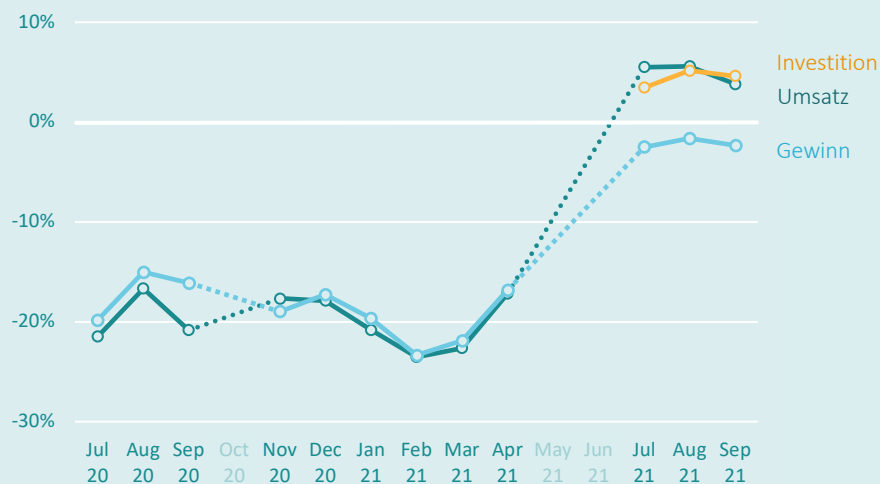
Seit dem Februar 2021 hat sich die betriebswirtschaftliche Situation der Unternehmen in Deutschland im Mittel deutlich verbessert. Während die durchschnittliche Umsatzveränderung im Vergleich zum Vorjahresmonat im Februar 2021 noch -23,5 % betrug, ist diese im Juli 2021 in die Wachstumszone zurückgekehrt. Obwohl Umsätze und Investitionen auch im September weiter zulegen, ist die Steigerungsrate im Vergleich zum August rückläufig. Dieser Trend weist auf eine Unterbrechung des über den Sommer zu beobachtenden Aufschwungs hin.

Während Umsätze und Investitionen im Mittel weiterhin gegenüber dem Vorjahresmonat ansteigen, zeigen die unternehmerischen Gewinne immer noch eine schrumpfende Entwicklung. Der Gewinnrückgang verstärkt sich sogar und liegt im September um weitere 0,7 Prozentpunkte über dem Niveau im August.

Tabelle I-1: Die Änderungsrate der Umsätze, Gewinne und Investitionen geht im September zurück

In % im Vergleich zum Vorjahresmonat	Umsatz- veränderung	Gewinn- veränderung	Investitions- veränderung
Juli 2021	+5,50 %	-2,51 %	+3,45 %
August 2021	+5,59 %	-1,62 %	+5,17 %
September 2021	+3,81 %	-2,32 %	+4,60 %

Abbildung I-1: Der seit dem Februar 2021 kontinuierliche Anstieg der Änderungsrate wird nicht fortgesetzt



Schwerpunkt 2

Unternehmerische Entscheidungen

Managementindikator

Der sich im September 2021 abkühlende, positive Trend der Lage deutscher Unternehmen spiegelt sich in den geplanten Entscheidungen des Managements wider. Insbesondere stieg im September der Anteil an Unternehmen, die ihre Aufwendungen für Forschung und Entwicklung reduzieren, im Vergleich zu solchen Betrieben, die diese Positionen erhöhen. Gleichzeitig ist eine gesteigerte Neigung zur Reduzierung von Fixkosten und zur Senkung von Ausschüttungen und Entnahmen zu verzeichnen, was darauf hindeutet, dass Unternehmen vermehrt liquiditäts- und bestandssichernde Maßnahmen ergreifen.

Ebenfalls ist eine weiter gesteigerte Tendenz zu Preiserhöhungen zu beobachten: Der Anteil an Unternehmen, die Preise erhöhen, überstieg den Anteil an preissenkenden Unternehmen im September um 22,0 Punkte (gegenüber 19,9 im August).

**Tabelle I-2: Unternehmen planen Kostensenkungen und Preiserhöhungen
in den kommenden 12 Monaten**

Entscheidungsplanung (Saldo Erhöhung und Reduzierung)	Juli 2021	August 2021	September 2021
Forschung und Entwicklung	-32,2	-34,7	-42,0
Fixkosten	-13,6	-8,7	-9,2
Ausschüttungen und Entnahmen	-44,1	-48,1	-50,8
Preise	+17,4	+19,9	+22,0

Der Score wird als Saldo der Anzahl der Einschätzungen aus Erhöhung und Reduzierung (prozentual) ermittelt. Angaben, die keine Veränderung anzeigen, bleiben hierbei unberücksichtigt.

Schwerpunkt 3

Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche

Indikator für Unternehmenskrisen

Die sich seit dem Frühjahr verbesserte betriebswirtschaftliche Situation einzelner Unternehmen schlägt sich branchenweit in einem deutlichen Rückgang des Anteils an Unternehmen nieder, deren Ausscheiden aus der Geschäftstätigkeit innerhalb des kommenden Jahres von den Wettbewerbern in derselben Branche erwartet wird. Während diese durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit im April 2021 noch 28,8 % betrug, sank sie im September auf einen Aufzeichnungstiefststand von 12,3 %.

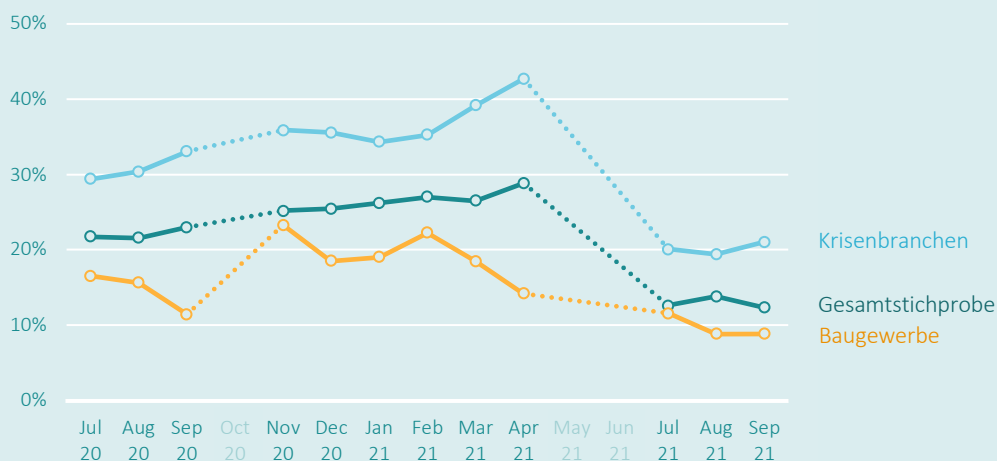
Obwohl sich der Rückgang der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit während des Sommers über alle Branchen hinweg zeigt, verbleiben relevante Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen. So liegt die Ausfallwahrscheinlichkeit derjenigen Unternehmen, die von Ladenschließungen im Zuge des Lockdowns vom November und Dezember 2020 betroffen waren, immer noch bei 21 %. Demgegenüber gehen die Unternehmen des Baugewerbes durchschnittlich von einer Ausfallrate von nur noch 8,8 % aus.

Tabelle I-3: Der Indikator für Unternehmenskrisen sinkt im September

Ausfallwahrscheinlichkeit	Gesamtstichprobe / Alle Branchen	Handel	Verarbeitendes Gewerbe	Krisenbranchen*	Baugewerbe
Juli 2021	12,6 %	12,7 %	10,0 %	20,1 %	11,6 %
August 2021	13,8 %	14,0 %	14,4 %	19,4 %	8,8 %
September 2021	12,3 %	11,9 %	11,0 %	21,0 %	8,8 %

* Zusammenfassung der von den November- und Dezemberschließungen betroffenen Wirtschaftszweige

Abbildung I-3: Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist seit dem Frühjahr stark gesunken



Schwerpunkt 4

Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitischer Index

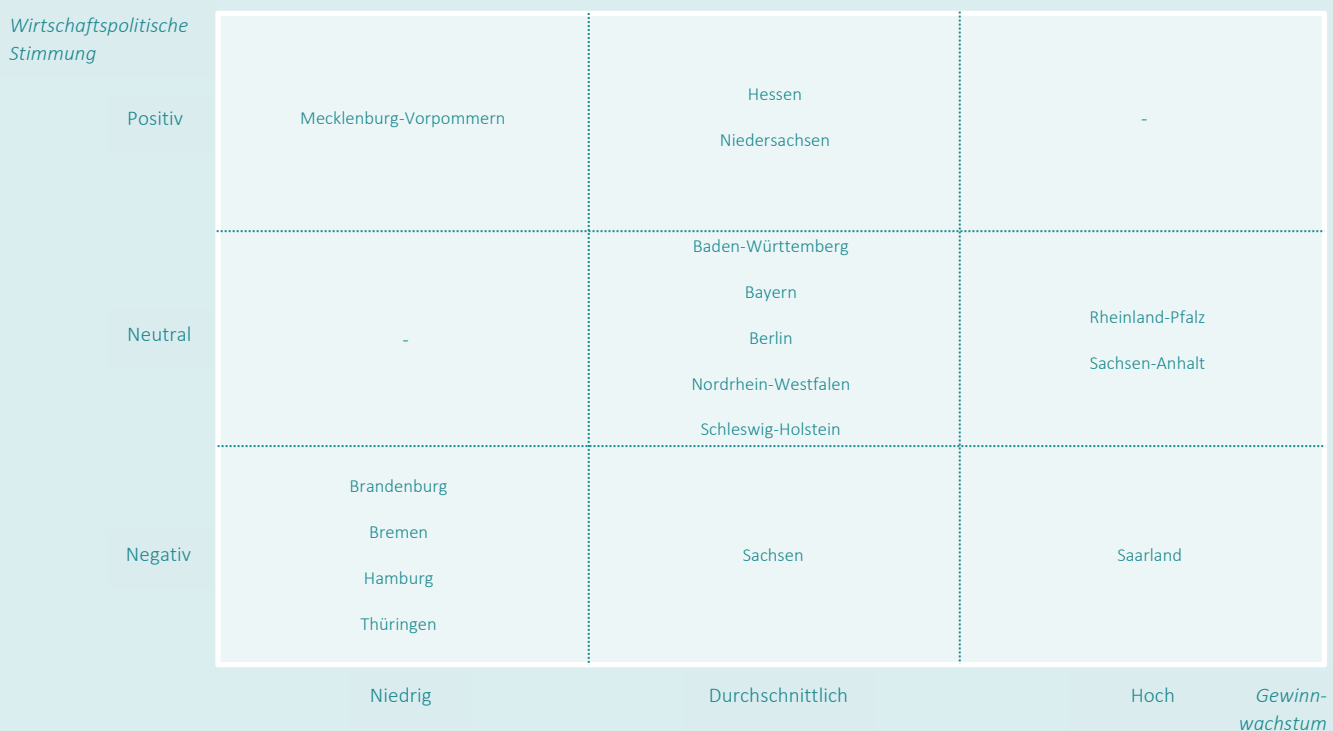
In einem wirtschaftlichen Umfeld, das von einer sich abkühlenden Wachstumsdynamik geprägt ist, stagniert die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik im September beinahe unverändert auf einem niedrigen Niveau von 4,09 (auf der 10-Punkte-Skala). Auffällig ist, dass die durchschnittliche Bewertung bei kleinen Unternehmen deutlich schlechter ausfällt als bei mittleren und großen Unternehmen: Während die Zufriedenheit in letzterer Gruppe bei 4,83 Punkten verbleibt, liegt der Zufriedenheitsindex bei kleinen Unternehmen lediglich bei 4,07.

Abbildung I-4 stellt das Verhältnis der wirtschaftlichen Zufriedenheit und des Gewinnwachstums auf Bundesländerebene dar. Den Vergleichsmaßstab einer neutralen wirtschaftspolitischen Stimmung und einer durchschnittlichen Unternehmensprofitabilität bildet dabei der jeweilige Bundesdurchschnitt im Zeitraum von Juli bis September 2021.

Tabelle I-4: Die wirtschaftspolitische Zufriedenheit bleibt im September auf niedrigem Niveau

Zufriedenheitsindex (0-10)	Juli 2021	August 2021	September 2021
Sample-Durchschnitt	4,37	4,10	4,09
Kleine Unternehmen	4,37	4,07	4,07
Mittlere und große Unternehmen	4,42	4,84	4,83

Abbildung I-4: Die regionale Aufgliederung zeigt den Zusammenhang zwischen Gewinnveränderungen und der wirtschaftspolitischen Stimmung



TEIL II

Nach der Bundestagswahl: Präferierte Regierung aus Unternehmenssicht

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über Auswertungen der Daten des GBP zu besonders aktuellen Fragen. Nach Abschluss der Bundestagswahl am 26. September zeigen wir in diesem Monat, welche Parteien aus Unternehmenssicht an der neuen Bundesregierung beteiligt sein sollten und welche Koalitionen unter deutschen Unternehmern bevorzugt werden.

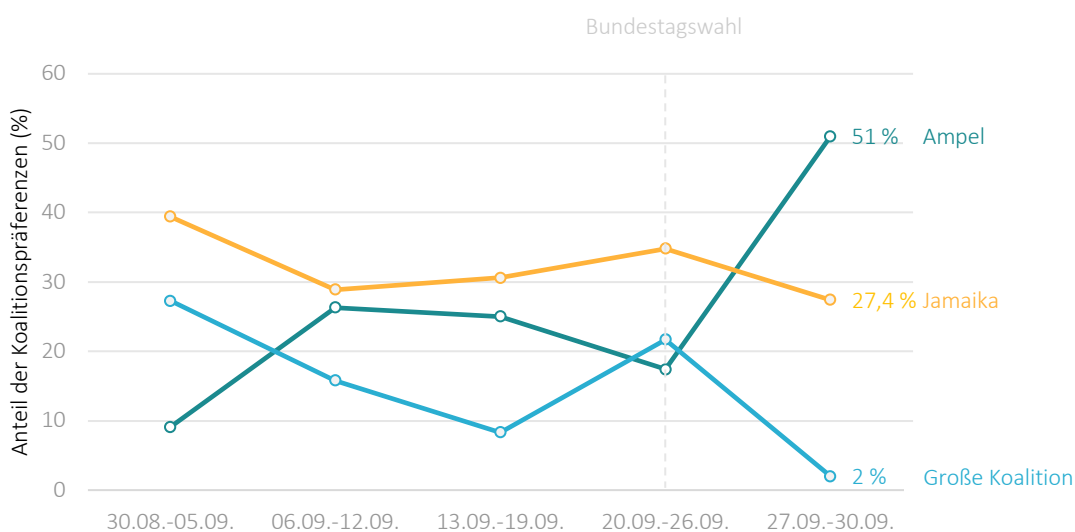


Die Ergebnisse in Teil II dieses Berichts basieren auf der GBP-Unternehmensstudie aus dem Zeitraum vom 1. bis 30. September 2021. Die Befragung umfasst während dieses Zeitrahmens mehr als 900 vollständig abgeschlossene Interviews. Die befragten Unternehmen decken mehr als 80 Branchen (Zweistellerebene der WZ2008) ab. Die Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, so dass sie der Verteilung der Unternehmen des Unternehmensregisters des Statistischen Bundesamts entsprechen.

1. Deutsche Unternehmer befürworten nach der Wahl eine Ampel-Koalition

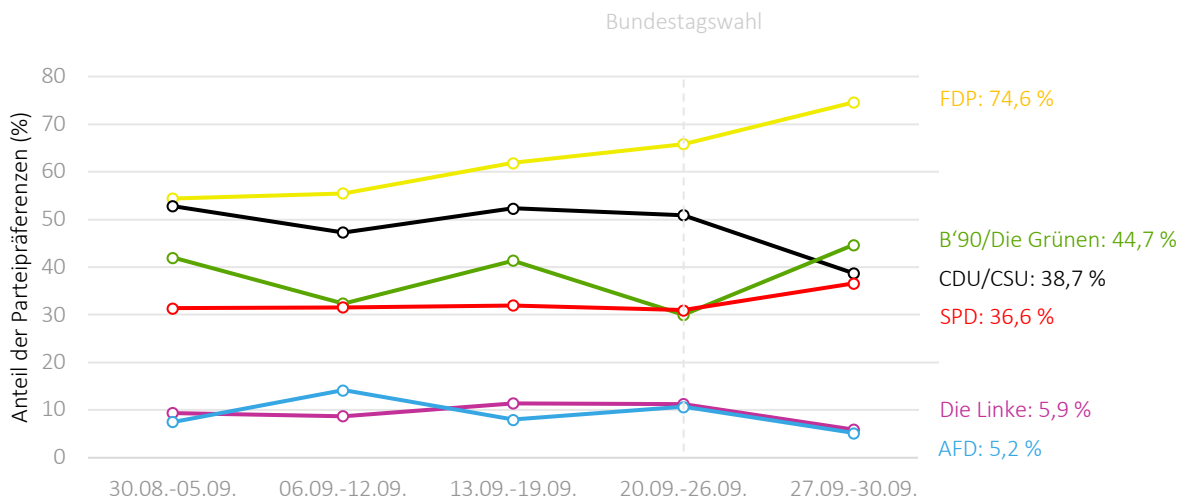
Im Rahmen unserer Datenerhebung im September haben wir Unternehmer und Manager befragt, welche Parteien aus Sicht ihrer Unternehmen an der Bundesregierung beteiligt sein sollten, um eine bestmögliche Wirtschaftspolitik umzusetzen. Die Ergebnisse der unternehmerischen Präferenzen zu den nach der Bundestagswahl noch realisierbaren Koalitionen (Ampel, Jamaika, Große Koalition) sind in der folgenden Grafik dargestellt.

Bis zum Termin der Bundestagswahl am 26. September bildete die Jamaika-Koalition die präferierte Regierungskonstellation. Nach dem schwachen Abschneiden der Unionsparteien bei der Bundestagswahl und dem Wegfall einer schwarz-gelben Koalitionsoption ist allerdings ein starker Richtungswechsel zu beobachten: Unter den noch realisierbaren Regierungskonstellationen befürworten über 50 % der befragten Unternehmer eine Ampel-Koalition, während eine Jamaika-Koalition lediglich von einem Viertel der Manager präferiert wird.



2. 75 % der Unternehmer befürworten eine Regierungsbeteiligung der FDP

Bei der Betrachtung der Präferenzen bezüglich der Regierungsbeteiligung einzelner Parteien kristallisiert sich ein starker Wunsch deutscher Unternehmer nach einer Rückkehr der FDP in die deutsche Bundesregierung heraus (74,6 %). Zudem ist ein negativer Trend für die Unionsparteien zu verzeichnen: Im Anschluss an die Bundestagswahl befürwortet sogar ein größerer Anteil der Unternehmen eine Regierungsbeteiligung der Grünen (44,7 %) als der CDU/CSU (38,7 %).



3. Präferenzen für die Regierungsbeteiligung in den Bundesländern und Industrien

Die deutliche Befürwortung einer Beteiligung der FDP an der zukünftigen Bundesregierung ist durchweg in sämtlichen Bundesländern zu beobachten. Hinter den Liberalen verteilen sich die Zustimmungswerte allerdings bundeslandabhängig auf unterschiedliche Parteien: Zwar befinden sich die Unionsparteien in den meisten Regionen auf dem zweiten Rang, allerdings liegen die Grünen unter den Unternehmen in Berlin, Hamburg und Hessen vor CDU/CSU.

Obwohl wir nach der Bundestagswahl eine Präferenz für eine Ampel- im Gegensatz zu einer Jamaika-Koalition beobachten, erzielt die SPD über den gesamten September hinweg lediglich in Sachsen-Anhalt stärkere Zustimmungswerte als die Unionsparteien. Diese durchschnittlichen Werte müssen unter Berücksichtigung des in Punkt 2 thematisierten zeitlichen Trends mit dem klaren Einschnitt am Wahltag interpretiert werden: Gerade nach der Bundestagswahl verliert die CDU demnach an Zustimmung, während die SPD zulegt.

Bundesland	SPD (%)	CDU/CSU (%)	Bündnis 90/Die Grünen (%)	FDP (%)	AFD (%)	Linke (%)
Baden-Württemberg	30,3	40,1	38,5	58,3	8,8	7,1
Bayern	29,6	55,9	40,4	63,7	9,2	7,0
Berlin	40,0	35,7	40,1	53,3	5,7	14,1
Brandenburg	35,4	47,2	31,6	61,3	8,2	2,0
Hamburg	45,9	39,3	50,3	50,4	11,9	12,4
Hessen	37,2	49,3	52,2	59,6	6,8	6,6
Mecklenburg-Vorpommern	18,7	59,6	21,7	67,2	8,6	12,3
Niedersachsen & Bremen	26,0	61,4	46,3	70,5	8,9	9,9
Nordrhein-Westfalen	30,3	47,6	38,2	65,0	5,7	6,9
Rheinland-Pfalz & Saarland	30,3	56,0	26,2	77,7	6,6	6,5
Sachsen	25,5	47,4	24,4	64,6	20,6	9,3
Sachsen-Anhalt	40,8	40,4	18,3	60,7	17,1	20,3
Schleswig-Holstein	49,4	53,7	40,1	57,0	9,4	19,5
Thüringen	37,9	40,6	32,3	67,0	27,3	31,0

Die Dominanz der FDP in Bezug auf eine Befürwortung der Regierungsbeteiligung wird auch über verschiedene Industrien hinweg deutlich. Lediglich im Baugewerbe präferiert ein größerer Anteil der Unternehmer und Manager eine Regierungsbeteiligung der CDU. Während die Zustimmungswerte der SPD über die unterschiedlichen Wirtschaftszweige hinweg relativ konstant sind, erzielen die Grünen bei Unternehmen der Information & Kommunikation sowie bei Unternehmern, die freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen anbieten, besonders starke Ergebnisse. Auffällig ist, dass Unternehmen, die von Ladenschließungen im Zuge des im November 2020 begonnen Lockdowns betroffen waren, überproportional eine Regierungsbeteiligung der Linken wünschen.

Wirtschafts- zweig	SPD (%)	CDU/CSU (%)	Bündnis 90/Die Grünen (%)	FDP (%)	AFD (%)	Linke (%)
Verarbeitendes Gewerbe	35,8	45,0	39,2	65,2	7,5	12,9
Baugewerbe	29,1	60,4	32,0	55,1	11,2	8,4
Handel	34,5	52,2	33,4	65,5	11,2	11,3
Information & Kommunikation	26,5	46,4	43,9	62,6	10,0	9,9
Krisenbranchen	34,9	49,7	37,7	62,2	8,7	14,6
Freiberufliche Dienstleistungen	31,9	39,8	45,0	59,3	6,6	1,7

4. Während die Zustimmungswerte für die FDP in der Unzufriedenheit mit der Corona-Politik steigen, sinken diese für die Grünen

Die nachfolgende Tabelle stellt heraus, inwiefern die Präferenzen für eine Regierungsbeteiligung der einzelnen Parteien von der Zufriedenheit mit der aktuellen Corona-Politik abhängen. Ein größerer Teil der Unternehmen befürwortet eine Beteiligung von SPD oder CDU/CSU an der neuen Bundesregierung, wenn diese zufrieden mit dem Krisenmanagement der großen Koalition waren.

Auffällig sind die gegensätzlichen Bewegungen bei den Grünen und der FDP, die jeweils abhängig von der Zufriedenheit mit der Corona-Politik sind: Während die Zustimmungswerte für die FDP stark in der Unzufriedenheit mit der Corona-Politik steigen, sinken diese für die Grünen, je unzufriedener die Unternehmen mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung sind. Diese Beobachtung unterstreicht, dass die Liberalen als starke Gegenstimme zum Kurs der Bundesregierung in der Corona-Krise wahrgenommen werden, während den Grünen in Bezug auf die Corona-Politik kein Wandel zugetraut wird.

Darüber hinaus befürwortet ein überproportionaler Anteil der unzufriedenen Unternehmen eine Regierungsbeteiligung der AFD. Demgegenüber bleiben die Zustimmungswerte für die Linke vom Grad der Zufriedenheit mit der Corona-Politik beinahe unberührt.

Zufriedenheit mit Corona- Politik	SPD (%)	CDU/CSU (%)	Bündnis 90/Die Grünen (%)	FDP (%)	AFD (%)	Linke (%)
Unzufrieden	21,7	44,4	22,7	73,4	22,7	9,3
Neutral	37,3	48,2	41,7	58,5	3,3	9,8
Zufrieden	39,1	52,8	50,4	55,2	1,2	9,3

Die Ergebnisse in diesem Dokument basieren auf den Auswertungen der Corona-Befragung des German Business Panel. Sie werden fortlaufend erweitert und aktualisiert. Weitere Informationen: www.gbpanel.org

Die methodischen und inhaltlichen Grundlagen der Studie finden Sie in unserem Working Paper:
The German Business Panel: Insights on corporate taxation and accounting during the COVID-19 pandemic
<https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3777306>

Autoren

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget
unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Vincent Giese, Christopher Karlsson, Yuhan Liu & Thomas Simon

Universität Mannheim

German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

Leitung des German Business Panel:

Principal Investigators

wissenschaftliche Projektleitung:



Prof. Dr. Jannis Bischof
Universität Mannheim
jbischof@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Dirk Simons
Universität Mannheim
simons@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Johannes Voget
Universität Mannheim
voget@uni-mannheim.de

Research Fellow

wissenschaftliche Begleitung:



Prof. Dr. Philipp Dörrenberg
Universität Mannheim
doerrenberg@uni-mannheim.de

Scientific Project Manager

*wissenschaftliches Konzept- und
Projektmanagement:*



Dr. Davud Rostam-Afschar
Universität Mannheim
rostam-afschar@uni-mannheim.de

www.gbpanel.org | gbpinfo@mail.uni-mannheim.de

TRR 266 Accounting for Transparency



Der TRR 266 Accounting for Transparency ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter überregionaler Sonderforschungsbereich.

Unser Team von engagierten Forschenden untersucht, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ziel ist es, eine wirksame Regulierung für Unternehmenstransparenz und ein transparentes Steuersystem zu entwickeln. In unserer eigenen Forschung gewährleisten wir die Transparenz ebenfalls.

Am TRR 266 sind mehr als 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt von den Hauptstandorten: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, der Frankfurt School of Finance & Management, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der WHU- Otto Beisheim School of Management und der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

www.accounting-for-transparency.de | trr266@mail.uni-paderborn.de



GERMAN BUSINESS PANEL

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

www.accounting-for-transparency.de

Projekt C01: www.gbpanel.org

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Collaborative Research Center (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency